

I n f o r m a t i o n

über die an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister des Innern sowie an das Büro des Ministers gerichteten Bürgeranliegen im Monat Juli 1990

1. Zahlenmäßige Übersicht

Im Monat Juli 1990 wandten sich

2 670 Bürger

aller Bevölkerungsschichten aus der DDR, der BRD - einschließlich Westberlin - und dem Ausland mit den vielfältigsten Anliegen, Bitten, Hinweisen und auch vor allem persönlichen Problemen an Herrn Dr. Diestel bzw. sein Büro (Anlage 1). Damit bestätigt sich auch im Berichtszeitraum die seit etwa 4 Monaten festzustellende außergewöhnliche Zunahme der täglichen Briefpost.

An Herrn Staatssekretär Dr. Stief bzw. seinen Verantwortungsbereich wurden **285 Anliegen** und an Herrn Staatssekretär Chefinspekteur Müller bzw. seinen Verantwortungsbereich **239 Anliegen** zur Prüfung und Erledigung übergeben (Anlage 2 und 3).

Zunehmend wird auch das Bürgertelefon im Referat Bürgeranliegen genutzt. Im Juli waren es **399 Personen**. Die Anzahl der Anrufe hat seit der Veröffentlichung der Rufnummer in den Publikationsorganen zugenommen.

Diese Form der Kommunikation wird von den Bürgern angenommen und gerne genutzt. Mit einer weiteren Zunahme der Anrufe ist zu rechnen.

63 Bürger sprachen persönlich im Ministerium des Innern vor. Ihre Anliegen wurden in Abstimmung mit Mitarbeitern anderer Bereiche bzw. Ministerien geklärt.

2. Zu einigen inhaltlichen Aspekten

Im wesentlichen unterscheidet sich der Inhalt der Bürgeranliegen im Berichtszeitraum nicht von den genannten Schwerpunkten in der Information des Referats Bürgeranliegen über die Arbeit im 1. Halbjahr 1990.

Das Neue zeigt sich u. a. insbesondere darin, daß

- viele Anfragen zu vermögensrechtlichen Problemen auf der Grundlage der "Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche vom 11. Juli 1990"

und

- Anliegen zu Rehabilitierungsforderungen unter Bezugnahme auf die erste Lesung zum Rehabilitierungsgesetz am 20. Juli 1990 in der Volkskammer eingingen.

Hinzu kommt, daß Anliegen im Zusammenhang mit der Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit nach wie vor im großen Umfang vorgetragen werden. Kernpunkte dieser Anliegen sind einerseits der Beschluß des Ministerrates vom 16. Mai 1990 und andererseits das Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des Ministeriums für Staatssicherheit in Verbindung mit den daraus resultierenden Renten für ehemalige Mitarbeiter. Dabei zeigen sich zwei Hauptgruppen: Durch die eine wird die Existenz der Ziffer 20 im Beschluß (Anrechnung der Dienstzeit auf die Betriebszugehörigkeit) als ungerechtfertigt bezeichnet - in der Regel Werktätige aus der Industrie - während die andere die Nichtanwendung dieser Ziffer in der Praxis kritisiert (z. B. im Bereich des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen) - meistens ehemalige Mitarbeiter.

Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Versorgungsordnung wird der Minister zunehmend mehr und eindringlicher darum gebeten, das wiederholt von Herrn de Maizière und ihm abgegebene Versprechen, keine Kollektivschuld zuzulassen, in der Praxis durchzusetzen. Aus der Sicht der Betroffenen ist das Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung eine Ungerechtigkeit gegenüber den anderen bewaffneten Organen und das deutlichste Beispiel, wie alle ehemaligen Mitarbeiter dadurch undifferenziert ausgegrenzt werden. Man erbittet bzw. fordert eine Korrektur dieser Entscheidung.

Auch im Monat Juli hält die positive Resonanz der Bürger zum Auftreten des Stellvertreters des Ministerpräsidenten und Ministers des Innern in der Öffentlichkeit an. Außerordentlich viele Briefe und Anrufe gab es beispielsweise nach dem Fernsehauftritt des Ministers (Gespräch mit Gaus) und zum ND-Interview. In den Zuschriften überwog die positive Meinungsäußerung, und es wird vor allem zum Ausdruck gebracht, daß die kritische Offenheit zu prikären Fragen der gegenwärtigen politischen Lage und Entwicklung sowie anderen brisanten Themen Zustimmung findet. Verbunden wird das häufig mit dem Wunsch, auch weiterhin so realistisch mit dem notwendigen Augenmaß, Fingerspitzengefühl; besonders die Interessen der "Noch DDR-Bürger" vertretend, den weiteren Weg in die deutsche Einheit zu beschreiten.

3. Allgemeine Bemerkungen zur Arbeit mit den Bürgeranliegen

- In einigen Briefen wird Besorgnis geäußert zur Lage auf dem Gebiet der Kriminalitätsentwicklung, der Verkehrsunfallsituation und der Zunahme von Rechtsradikalismus in der Öffentlichkeit.
- Es gab eine Reihe von kritischen Bemerkungen zur mangelnden Organisation in den letzten Wochen bei der Kfz-Zulassung und der technischen Überprüfung. Die Verantwortlichen haben nach Meinung der Bürger offensichtlich die sich abzeichnende Entwicklung auf dem Automarkt ungenügend analysiert.
- Wenn auch die Beschwerden über das Verhalten und die Arbeitsweise von Polizeiangehörigen keinen Schwerpunkt darstellen, so gibt es doch in einigen Briefen von Bürgern ernsthafte Signale über kritikwürdiges Auftreten einzelner Mitarbeiter in der Öffentlichkeit oder deren mangelnde Rechtskenntnisse.
- Verstärkt gibt es Bewerbungen zum Dienst in der Polizei aus der DDR und der BRD. In der Beantwortung wird gegenwärtig darauf verwiesen, sich nach der Länderbildung im jeweiligen Territorium ggf. neu vorzustellen.
- Auch im Berichtszeitraum gab es viele Anliegen (ca. ein Drittel), die vom Ministerium des Innern rechtlich und sachlich nicht bis zu Ende geklärt werden können. Die Rechtslage ist oftmals kompliziert und bedarf vieler Absprachen mit anderen Bereichen und Organen. Wo klare Zuständigkeiten gegeben bzw. sofort erkennbar sind, erfolgten die Weiterleitung und Abgabennachricht unverzüglich im Interesse der Bürger. Hierbei hat sich die gute Zusammenarbeit mit dem Amt des Ministerpräsidenten, insbesondere den Referaten Bürgeranliegen und Innenpolitik, sowie mit der Volkskammer, Abteilung Petition und Eingaben, bewährt.
- In den letzten Tagen häufen sich die Briefe und Anliegen zu Fragen im Zusammenhang mit den Internierungslagern bzw. der dazu erfolgten Pressekonferenz des Ministers. Die Zusammenarbeit mit dem DRK - Suchdienst - läuft bisher reibungslos.

4. Zu den Anliegen der Mitarbeiter

Im Berichtszeitraum gab es **159 Anliegen**. Sie beinhalten vor allem allgemeine Personalfragen, Rehabilitierungsforderungen, Rentenprobleme und finanzielle Wünsche.

Die Anliegen zur Rehabilitierung von ehemaligen Angehörigen bilden nach wie vor einen Schwerpunkt. Ausgesprochene Ablehnungen werden oftmals nur schwer angenommen und neue Briefe verfaßt oder um persönliche Vorsprache beim Minister des Innern gebeten.

Bei den Anliegen von Angehörigen, aber insbesondere deren Familienangehörigen, nehmen die Briefe zum Unverständnis über die bevorstehende Entlassung und die Sorge um die Zukunft, besonders bei den über 40jährigen, zu.

In einem Brief vom 24.7.1990 an den Minister kritisieren Angehörige der Transportpolizei des Gruppenpostens Jena die Willkür ihrer Vorgesetzten und nennen es "Zermürbungsterror". Große Angst besteht bei ihnen vor sogenannten Eignungsprüfungen, in denen Mathematik und andere Aufgaben mit "Abiturniveau" verlangt werden sollen. Diese Angaben sind noch nicht überprüft bzw. der Vorgang ist noch nicht abgeschlossen.

5. Schlußbemerkung

Trotz guter personeller Besetzung und Einsatz von PC-Technik sowie zahlreicher Überstunden der Mitarbeiter konnte eine monatsfertige Arbeit noch nicht erreicht werden.

Wöchentlich gibt es etwa **500 Neueingänge an Post**, wobei der Anteil mit kompliziertem Sachverhalt zunimmt.

Es wird weiter alles getan, um mit dem vorhandenen Personalbestand die Rückstände aufzuarbeiten.

Im Zusammenhang mit der bekanntgemachten Absicht des Ministers, im Land Brandenburg zu kandidieren, ist mit einer möglichen Zunahme von Zuschriften aus diesem Teil des Landes zu rechnen. Im ersten Halbjahr 1990 war dieses Gebiet mit **669 Schreiben** noch kein territorialer Schwerpunkt. **203 Schreiben** entfallen davon auf den Monat Juli.

Anlagen

Übersicht zu ausgewählten Inhalten der schriftlichen Anliegen der Bürger
der DDR, BRD und Westberlins sowie der Ausländer

- Hinweise auf Rechtsverletzungen:	28
- Beschwerden über die Arbeitsweise und das Verhalten von VP-Angehörigen, über Maßnahmen der VP, einschließlich Rechtsmittel:	76
- Grundstücksangelegenheiten, Ansprüche an und Erwerb von Grundstücken sowie Liegenschaftsfragen:	192
- Anliegen zur Auflösung des ehemaligen MfS, Kauf von Grundstücken, Ausrüstung und Technik, Akteneinsicht, Probleme ehemaliger Angehöriger des MfS:	240
- Aussiedlungen aus dem Grenzgebiet, Rehabilitierung und Schadenersatzansprüche:	55
- Einsprüche zu Enteignungen:	32
- Rehabilitierungsanträge gemäß Ministerratsbeschuß vom 15. Juni 1990:	61
- Wohnsitzwechsel (DDR, BRD, WB/Ausland) und Anträge auf Änderung der Staatsbürgerschaft:	19
- Bewerbungen für eine Tätigkeit bei der VP und Beschwer- den über Ablehnung der Bewerbung:	27
- Zustimmungserklärungen zum Wirken des Ministers:	45
- Politische Meinungsäußerungen sowie Meinungen zu staatlichen Maßnahmen:	26
- Forderungen nach Sanktionen und anderer Maßnahmen gegen die ehemalige SED-Regierung bzw. gegen Personen:	12
- Gewaltandrohungen:	8
- Schreiben von Parteien, Vereinigungen und Organisationen:	22
- Autogrammwünsche:	50
- Anliegen zur Internierung, Suche nach Angehörigen:	53

Übersicht zu ausgewählten Inhalten der Schreiben von Angehörigen der VP,
deren Familienmitglieder sowie ehemaliger VP-Angehöriger

Anliegen, Vorschläge und Kritiken

- zur Dienstorganisation:	4
- zur materiell-technischen, medizinischen und sozialen Sicherstellung:	38
- Wohnungsprobleme:	2
- zur Rentenregelung:	12
- über Personalentscheidungen:	33
- zur Wiedereinstellung in die VP:	14
- zum Wehrdienst in den VP-Bereitschaften:	6
- Rehabilitierung von Personalentscheidungen:	29
- Hinweise auf Korruption und Amtsmissbrauch Vorgesetzter/Leiter	1

Im Berichtszeitraum wurden **285 Schreiben** zur Bearbeitung an den Verantwortungsbereich des Herrn Staatssekretärs Dr. Stief übergeben. Davon u. a. an:

Herrn Staatssekretär Dr. Stief persönlich:	17
Abt. Innere Angelegenheiten:	130
Abt. Strafvollzug:	26
Abt. Recht:	13

Inhaltliche Schwerpunkte waren u. a.:

- Anliegen zu Staatsbürgerschaftsfragen und Wohnsitzwechsel
- Fragen zur Aufnahme einer Tätigkeit bei der Volkspolizei bzw. bei den anderen Organen des Ministeriums des Innern
- Anliegen von VP-Angehörigen bzw. deren Familienangehörigen zu Personalfragen
- Anliegen zur Strafvollzugsgestaltung sowie Reaktionen der Strafgefangenen und Verhafteten auf das Auftreten des Ministers in der UHA Leipzig.

An Herrn Staatssekretär Müller bzw. seinen Verantwortungsbereich wurden 239 **Schreiben** der Bürger zur Bearbeitung übergeben. Davon u. a. an

Herrn Staatssekretär Müller persönlich:	14
Abt. Polizeiangelegenheiten einschließlich ZKA:	184
Abt. Versorgungsdienste:	41

Inhaltliche Schwerpunkte waren dabei u. a.

- Rehabilitierungen und Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit der Aussiedlung aus dem Grenzgebiet
- Beschwerden über die Arbeitsweise und das Verhalten VP-Angehöriger sowie Maßnahmen der VP nach bereits erfolgter Bearbeitung auf der Ebene der BDVP/PdVP Berlin
- Meinungsäußerungen zur Kriminalitätsentwicklung sowie Hinweise auf ungesetzliche Handlungen
- Vorschläge und Hinweise zu Problemen des Straßenverkehrs
- Anfragen betreffs Internierungslager